



Mindestlohn und Equal Pay sind das Gebot der Stunde

Pressemitteilung von Sabine Zimmermann, 01. März 2011

"Die Arbeitslosigkeit stagniert auf hohem Niveau, prekäre Beschäftigungsverhältnisse und Niedriglöhne breiten sich aus. Ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn von zehn Euro und ein Gesetz zur Gleichbezahlung von Leiharbeitern sind das Gebot der Stunde. Sonst ist das kein Aufschwung für die Bevölkerung, sondern an ihr vorbei. Die Politik muss endlich umsteuern", erklärt Sabine Zimmermann zum Arbeitsmarktbericht für den Monat Februar. Die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE weiter:

"Der Zuwachs bei den Vollzeitstellen beruht weiterhin zu über einem Drittel auf der Zunahme der Leiharbeit. Teilzeitstellen, von denen man nicht leben kann, nehmen ebenfalls überproportional zu und auch die Zahl prekärer Minijobs wächst wieder.

Der Handlungsauftrag an die Politik ist klar: Ab 1. Mai gilt auch in Deutschland die vollständige EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit. Um Lohndumping zu verhindern und die Gleichbehandlung aller Arbeitnehmer zu gewährleisten, braucht es einen

gesetzlichen Mindestlohn und ein Gesetz zur ausnahmslosen Gleichbezahlung von Leiharbeitern. DIE LINKE hat dazu eigene Initiativen in den Bundestag eingebracht und wird diese in den nächsten Wochen zur Abstimmung stellen.

Und nicht zu vergessen: In einer Woche, am 8. März, jährt sich zum 100. Mal der Internationale Frauentag. Nach wie vor werden Frauen auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt, sie leiden besonders unter prekärer Beschäftigung. Ein gesetzlicher Mindestlohn und mehr reguläre Arbeitsplätze würden vor allem ihnen helfen. Das darf eine Bundesregierung mit einer Frau an der Spitze nicht weiter blockieren."